

BITMARCK Service GmbH · Postfach 10 04 05 · 45004 Essen

Bundesamt für Soziale Sicherung
Friedrich-Ebert-Allee 38
Referat 316
53113 Bonn

BITMARCK Service GmbH
Kruppstr. 64
45145 Essen
Telefon 0201 1766-2000
Telefax 0201 1766-2993
www.bitmarck.de

Geschäftsführer:
Michael Heutmann
USt-Nr.: 112/5759/0782
USt-ID-Nr.: DE261654495

Amtsgericht Essen HRB 16863

Commerzbank AG
IBAN:
DE70 3608 0080 0434 8345 00
BIC: DRESDEFF360

Unser Zeichen: /

Ansprechpartner:
Dr. Edith Batta

Durchwahl: 0201 1766-2329
Telefax: 0201 1766-492329

E-Mail:
Edith.Batta@bitmarck.de

Datum:
14.08.2020

Stellungnahme zum Entwurf des Klassifikationsmodells 2021

Sehr geehrte Frau Dr. Demme,

bezogen auf den vorliegenden Entwurf zum Klassifikationsmodell 2021 haben wir Anmerkungen / Fragen, die wir hiermit im Rahmen des Stellungnahmeverfahrens im Sinne der Leistungserbringung für unsere Vertragskassen stellen:

1.1 Regionalisierung – Abschlagsverfahren

Im Rahmen der Regionalisierung ist eine zeitgleiche Zuordnung der Versicherten zu den RGG angedacht laut Festlegungsentwurf. Wie wird hier im Abschlagsverfahren vorgegangen, wenn eine Satzart 111 für die Versichertenstammdaten zum Einsatz kommt, in welcher – Stand heute – keine Regionalinformationen gemeldet werden?

Ist eine Erweiterung oder Sondermeldung der Satzart 111 angedacht oder wird es im Abschlagsverfahren einen Workaround anhand einer prospektiven Zuordnung geben?

1.2 Datenbereinigungskonzept – Prüfung 4030

Die Aussage der Prüfung 4030 im Datenbereinigungskonzept bietet unserer Meinung nach Interpretationsspielräume:

"Ist die Summe der LTBJ > 1 bei Kassenwechslern (Anzahl Datensätze > 1), werden die betroffenen Pseudonyme bei der pseudonymbezogenen

Berechnung ausgeschlossen. Für Berechnungen auf Basis der Versichertentage hat dieser Fehler keine Auswirkungen."

Hier stellt sich uns die Frage, wann in diesem Sinne eine "pseudonymbezogene Berechnung" vorliegt. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, dass beispielsweise die Zuordnung zu den HMG insofern auf einer pseudonymbezogenen Berechnung basiert, insofern, als für den Wechsler kassenübergreifend Diagnosen und Verordnungen zusammengezogen werden müssen und somit temporär ein pseudonymbezogener Betrachtungsstandpunkt eingenommen werden muss. Zu Ende gedacht ließe sich interpretieren, dass im Fall $LBJ > 1$ keinerlei Zuordnungen zu Risikokategorien vorgenommen werden dürfen, für deren Ermittlung temporär eine Aggregation der Versichertenteilepisoden nötig ist. Das würde zum Beispiel bedeuten, dass ein Wechsler, für den $LBJ > 1$ gilt, grundsätzlich keine HMG-Zuordnungen bekommen kann.

Ist die Datenbereinigungsprüfung 4030 tatsächlich im obigen Sinne zu verstehen oder bezieht sich die Aussage in der Prüfung doch nur auf das Abschlagsverfahren, bei dem die Zuordnung eines Pseudonyms zu einer Krankenkasse am Stichtag eine Rolle spielt?

1.3 Regressionsverfahren – Nullsetzung einer AGG und eventuell negative Selektionsanreize

Durch die Einführung der RGG entstehen neue lineare Abhängigkeitsbeziehungen, die – unbearbeitet – das Berechnen der Regressionskoeffizienten im Rahmen einer Regression behindern würden, da die Regressionsgleichung nicht eindeutig lösbar wäre. Um das zu vermeiden, müssen also einige Risikogruppen ausgeschlossen und damit auf den Wert Null gesetzt werden, womit aber auch gewisse Freiheitsgrade für manche anderen Koeffizienten aufgehoben werden. Im Falle der Festlegung des Wertes der RGG0000 auf Null Euro wird das Niveau der AGG in Relation dazu bestimmt, was, wie man am Beispiel der Ergebnisse im Festlegungsentwurf sehen kann, zur Folge haben kann, dass die Kostengewichte der am wenigstens kostenintensiven AGG negativ und in der Folge auf Null gesetzt werden. Somit ist – neben den Daten – die Nullsetzung der RGG0000 mit dafür verantwortlich, wenn erstmals seit Einführung des Morbi-RSA einzelne AGG aus dem Modell entfernt werden. Daraus könnte tendenziell ein Vorteil für Kassen resultieren, die überproportional viele Versicherte in diesen AGG haben. Durch die Nullsetzung der RGG0000 sollen laut Erläuterungstext Fehlanreize bei der Datenlieferung vermieden werden. Als Konsequenz der jetzt geplanten Umsetzung könnten aber neue Selektionsanreize zu Gunsten dieser auf Null gesetzten AGG geschaffen werden. Diese würden entfallen, wenn negative AGG-Koeffizienten zugelassen würden. Vor der Einführung der Regionalkomponente war durch die Vorschrift der Eliminierung / Nullsetzung von AGG mit negativen Koeffizienten garantiert, dass kein Versicherter insgesamt eine negative Zuweisungssumme erhielt. In dem bisher skizzierten Modell für 2021 ist hingegen auch bei Nullsetzung von negativen AGG-Koeffizienten theoretisch eine negative

Zuweisungssumme möglich. Damit entfällt aus unserer Sicht die Motivation für den Ausschluss negativ bewerteter AGG.

Sieht das BAS eventuell auch positive Selektionsanreize bei auf Null gesetzten AGG? Wie wird dies bewertet? Ist eine Nullsetzung überhaupt noch ausreichend zur Vermeidung negativer Gesamtzweisungen?

Zur Ergänzung haben wir unsere Fragestellung im Anhang noch einmal detaillierter ausformuliert und Lösungsansätze ergänzt.

Vielen Dank für die Rückmeldung zu den oben genannten Punkten im Rahmen der endgültigen Festlegungen im Voraus.

Freundliche Grüße,

Edith Batta

Anlage:
Negative AGG – Details

Anlage: Negative AGG – Details

Weil es mit Einführung der Regionalkomponente jetzt mehrere Familien von Regressoren gibt, die (bzw. deren Spalten in der Matrix der Dummy-Variablen für die Berechnung der progressiven Mehrausgaben) von ihrer Anlage her in Kombination linear abhängig sind, werden bei der Berechnung mehrere Variablen eliminiert und die Koeffizienten auf Null gesetzt. Dies geschieht im Zweifelsfalle wohl automatisch durch den verwendeten Algorithmus, damit das zur linearen Regression gehörende Gleichungssystem eindeutig lösbar ist. Welche Regressoren aus dem Modell genommen werden, hängt dann mutmaßlich von der Anordnung der einzelnen Variablen im Gleichungssystem ab. So erklärt sich, dass bei der Berechnung der im Festlegungsentwurf veröffentlichten Regressionskoeffizienten jeweils von den zehn Variablen, die zu einem regionalen Bestimmungsfaktor gehören, diejenige zum zehnten Dezil entfernt worden ist. Die Ausnahme bilden die RGG0101 bis RGG0110, von denen keine eliminiert wurde. Dass überhaupt RGG-Koeffizienten auf Null gesetzt werden müssen, liegt daran, dass stets die zwanzig Variablen, die zu zwei regionalen Bestimmungsfaktoren gehören, linear abhängig sind, weil jeder Versicherte im Kalibrierungsdatenbestand, der nicht der RGG0000 angehört, je regionalem Bestimmungsfaktor in genau eine der zehn Kategorien einsortiert wird. So können also nur für einen Bestimmungsfaktor alle zehn Dezil-Dummies im Modell verbleiben. In diesem Fall ist das der erste Bestimmungsfaktor, was mutmaßlich wiederum auf die Anordnung in der Matrix zurückzuführen ist. Von den anderen Zehnergruppen hätte es aber im Prinzip auch jede beliebige andere Variable treffen können. Genauso gut könnte man z. B. im Nachgang die Koeffizienten der RGG0201 bis RGG0810 um je 1 Euro erhöhen und die der RGG0101 bis RGG0110 um 7 Euro absenken. Dann würden sich für alle Versicherten dieselben Zuweisungsbeträge ergeben. Hier bestehen also Austauschmöglichkeiten. An dieser Stelle entsteht auch nie ein Problem, weil die RGG-Koeffizienten beliebige, auch negative, Werte annehmen dürfen.

Anders verhält es sich jedoch in dem folgenden Fall: Die Kategorien AGG0001 bis AGG0040, RGG0000 und RGG0101 bis RGG0110 sind ebenfalls linear abhängig. Denn jeder Versicherte im Kalibrierungsdatenbestand gehört genau einer AGG und genau einer der Kategorien RGG0000 bis RGG0110 an. Da die RGG0000 von vornherein auf Null gesetzt, also aus dem Modell entnommen wurde, zeigt sich diese lineare Abhängigkeit bei der Durchführung des Regressionsverfahrens nicht, weswegen alle zehn Gruppen zum ersten regionalen Bestimmungsfaktor im Modell verbleiben können. Genauso hätte man aber eine AGG oder eine der Kategorien RGG0101 bis RGG0110 entfernen können. Durch die Festsetzung des Koeffizienten zur RGG0000 wird die Höhe der Koeffizienten der AGG in Relation dazu definiert, und, bis auf die oben beschriebenen Austauschmöglichkeiten mit den "höheren" RGG, auch die Höhe der Koeffizienten zu RGG0101 bis RGG0110. Letztendlich ist also – neben den Daten – die Nullsetzung der RGG0000 mit dafür verantwortlich, dass erstmals seit Einführung des Morbi-RSA die Koeffizienten der am wenigsten kostenintensiven AGG negativ und diese Kategorien damit aus dem Modell entfernt

werden. Daraus könnte ein Vorteil für Kassen resultieren, die überproportional viele Versicherte in diesen AGG haben. Durch die Nullsetzung der RGG0000 sollen laut Erläuterungstext Fehlanreize bei der Datenlieferung vermieden werden. Als Konsequenz der jetzt geplanten Umsetzung könnten dadurch aber neue Selektionsanreize geschaffen werden.

Dieses Problem ließe sich z. B. durch folgende Verfahrensänderungen beheben:

1. Zu Beginn schließt man die RGG0000 aus. Nach Durchführung eines Regressionsschrittes wird jeweils geprüft, ob mindestens eine der AGG einen negativen Zuschlag hat. In der nächsten Runde wird dann die AGG mit dem geringsten Zuschlag ausgeschlossen anstelle der zuvor ausgeschlossenen AGG bzw. der zuvor ausgeschlossenen RGG0000. Ggf. muss eigens ein weiterer Regressionsschritt durchgeführt werden.
2. Nach der iterativen Durchführung der Regression in der derzeit vorgesehenen Weise werden, falls es negative AGG-Zuschläge gibt, alle AGG-Koeffizienten um den gleichen Betrag so angehoben, dass dieses nicht mehr der Fall ist. Im Gegenzug senkt man die Koeffizienten von RGG0000 und RGG0101 bis RGG0110 um denselben Betrag ab.
3. Man lässt negative AGG-Koeffizienten zu. Im Unterschied zu den vorherigen Varianten würde der Zuschlag der RGG0000 bei Null bleiben.

Vor der Einführung der Regionalkomponente war durch die Vorschrift der Eliminierung von AGG mit negativen Koeffizienten garantiert, dass kein Versicherter insgesamt eine negative Zuweisungssumme erhielt. In dem bisher skizzierten Modell für 2021 ist das auch bei Nullsetzung von negativen AGG-Koeffizienten theoretisch nicht mehr unbedingt gegeben, bei den drei obigen Lösungsvorschlägen allerdings genau so wenig. Da das Auftreten negativer Zuweisungssummen ohnehin nicht garantiert vermieden werden kann, scheint die Zulassung negativer AGG-Koeffizienten unschädlich zu sein.